

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 06/2012

19. Jahrgang

46. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. August 2012

Beschlussantrag für „unverzüglichen“ Bau fiel durch:

Tierheim in Potsdam auf die „lange Bank“ geschoben?



Lange genug wird über ein Tierheim in der Stadt gestritten. Aber es ist weniger ein Streit von Fraktionen, sondern ein Streit mit der Verwaltung. Die Potsdamer Bevölkerung ist sich relativ einig in der Forderung, dass die Landeshauptstadt ein Tierheim – in welcher Form auch immer – braucht, folglich hatte im Bürgerhaushalt 2012 dieser Wunsch unangefochten die Spitzenposition.

Sie ist lang, die Liste der parlamentarischen Aktivitäten, besonders von Anträgen der LINKEN, dem schon vielfach geäußerten Bürgerwunsch zum Durchbruch zu verhelfen. Ein weiteres Kapitel der Ignoranz wurde auf der letzten Stadtverordnetenversammlung geschrieben: Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung bringt geschäftsordnungsmäßig den Antrag ein (nachdem er die Fachausschüsse passiert und der Hauptausschuss diesem zugestimmt hat), der die „unverzügliche“ Errichtung eines Tierheimes verlangt – und er wird abgelehnt.

Lediglich die LINKE und ein Abgeordneter der Grünen hatten sich für die Fürsprache entschieden. Die Rathauskooperation war sich einig, den Ausführungen der Beigeord-

neten Elona Müller-Preinesberger zu folgen, dass die Stadtverordneten es ja so wollten, die Varianten ja abgelehnt und schließlich das letzte Verwaltungsangebot (Fahrland) ausgeschlagen hatten. Nun sei man auf eine erneute europaweite Ausschreibung angewiesen, die ihre Zeit brauche... Für den Sofort-Beschluss könne niemand die Verantwortung übernehmen.

Im Hauptausschuss war bereits im Februar die Grundlage dafür gelegt worden, dass gemäß Bürgerhaushaltsergebnis „unverzüglich“ ein Tierheim zu bauen sei. Da hatte der Oberbürgermeister noch zugestimmt. Nun, wo es konkret werden könnte, stimmte er mitsamt der Rathauskooperation dagegen.

„Will man das Tierheim, den Bürgerwillen, im Sande verlaufen lassen?“, fragte Scharfenberg, „das bestärkt die Vermutung, dass es in der Verwaltung andere Interessen gibt.“

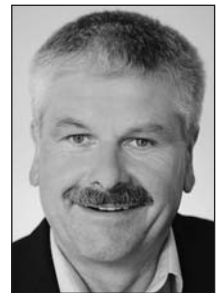
Und Peter Kaminski verlangte die generelle Klärung: „Wie gehen wir mit dem ausgesprochenen Bürgerwillen um? Welchen Wert hat ein Bürgerhaushalt, wenn er derartig ignoriert wird?“

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Mieten und Uferwege sind zwei Dauerbrenner in Potsdam.

LINKE und SPD hatten unabhängig voneinander eine Gesetzesinitiative der SPD-Fraktion im Bundestag aufgegriffen, mit der der gesetzlich zulässige Rahmen für Mieterhöhungen, Modernisierungsumlagen und die Neuvermietungszuschläge herabgesetzt werden soll. Das ist zu einem gemeinsamen Antrag zusammengeführt worden, nach dem diese Vorgaben auf das städtische Wohnungsunternehmen angewandt werden sollen, obwohl sie kein geltendes Recht sind. Erklärtes Ziel war dabei, den deutlichen Anstieg der Mieten in Potsdam zu drosseln. Die CDU wollte die Regelungen allerdings nur für Inhaber von Wohnberechtigungsscheinen anwenden. Unverständlich war, warum der Oberbürgermeister erst erklärte, dass die rot-rote Initiative schon mit der Pro Potsdam durchgerechnet sei, aber dann mit der Fraktionsspitze der SPD für die einschränkende Änderungen der CDU stimmte. DIE LINKE konnte aber mit anderen erreichen, dass der ursprünglich vereinbarte Antrag nicht ausgehöhlt wurde.



Eine deutliche Mehrheit erhielt auch der Antrag der LINKEN für den Uferweg über das Grundstück des Wasserwerks in der Speicherstadt. Wir haben uns damit erfolgreich dem Versuch widersetzt, auf einen solchen Uferweg zu verzichten. Abfällige Äußerungen des Oberbürgermeisters zu 4 Meter hohen Zäunen und Abflusssrinnen für Hundepisse lassen erkennen, dass er diesen Uferweg eigentlich gar nicht will.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Auf Bürger hören spart Zeit, Geld und Verdruss

Warum ist Potsdam so kompliziert? Der Beschluss zur Schwimmhalle am Brauhausberg hätte schon vor zwei Jahren gefasst sein können ohne Workshop und ohne Umfrage. Man hätte nur den gesunden Menschenverstand gebrauchen und sein Ohr am Volk haben müssen!



Das Gezerre um die Kunsthalle fand ich ebenfalls traurig. Mein Dank gilt Herrn Plattner dafür, die Halle nun am Jungfernsee zu bauen und sich nicht vor fremde Karren spannen zu lassen, die vor allem den Abriss des Interhotels zum Ziel hatten.

Unklar ist mir auch, warum man sich zur Straßenreinigung derartig streiten muss. Es geht doch vor allem darum, möglichst effizient die Reinigung so zu organisieren, dass die Potsdamer damit zufrieden sind.

Abschließend mein Hinweis auf das Verkehrskonzept. Leider hat die Stadt bisher nicht wirklich einen Plan, Potsdam aus dem täglichen Stau herauszuführen. Da helfen weder Straßenbahnen quer durch Eigenheime noch Radwegstriche auf Hauptstraßen. Mehr Regionalbahnen, echte Radwege, eine dritte Havelbrücke als Havelspanne können dagegen die Zukunft sichern.

Gemeinsam mit Partnern konnte ich erreichen, dass ab Dezember die Regionalbahnbindung nach Berlin verbessert wird. Ich meine, die Stadtverordneten und die Verwaltung müssen sich als Dienstleister für die Bürger der Stadt verstehen lernen.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel

Mitglied im Bauausschuss, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft

Werbeverträge mit Potsdam TV

Die LINKE hat sich durchgesetzt: Hatte der Oberbürgermeister noch im Hauptausschuss die Auskunft darüber verweigert, welche und in welcher Höhe Werbeverträge mit dem lokalen Fernsehsender Potsdam TV laufen, so muss er nun den Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung darüber informieren. Das Thema war ins Rollen gekommen, als der Oberbürgermeister im Sommer über Absichten der Beteiligung der Stadt am Sender gesprochen hatte. Hans-Jürgen Scharfenberg betonte, es gehe nicht darum, den Sender in Frage zu stellen, er sei eine echte Bereicherung. Aber es sei selbstverständlich, dass die Abgeordneten das Recht haben, diese Summen zu erfahren. Oberbürgermeister Jakobs zog sich in seiner Begründung der Ablehnung darauf zurück, „schutzwürdige Belange Dritter“ beachten zu müssen. Er werde es offenlegen, finde es aber nach wie vor nicht richtig. Der mehrheitlich gefasste Beschluss zwingt ihn dazu.

Anonymisierte Bewerbung

Der Antrag der LINKEN, anonymisierte Bewerbungsverfahren für alle Stellenausschreibungen in der Verwaltung dauerhaft einzuführen und auch in allen kommunalen Unternehmen daraufhin zu wirken, ist vom Hauptausschuss geändert und von der SVV beschlossen worden. Demnach wird das anonymisierte Bewerbungsverfahren in der Stadtverwaltung für einen Probezeitraum ab 1. Januar 2013 für ein Jahr eingeführt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auch in allen kommunalen Unternehmen auf die Einführung dieses Verfahrens hinzuwirken. Einen Zwischenbericht soll es im November 2013 geben.

Uferweg Speicherstadt

„Der Uferweg kann nach wie vor realisiert werden“, sagte Dr. Scharfenberg in der Begründung des Ergänzungsantrages der LINKEN zu einem Antrag der Verwaltung, den Beschluss der SVV von 2008 zur Errichtung des Uferweges über das Grundstück des Wasserwerkes Leipziger Straße aufzuheben. Denn mit der Nachricht über die dort bestehende Trinkwasserschutzzone gibt sich DIE LINKE nicht zufrieden.

Scharfenberg hielt dagegen: Mit der Umwandlung in die Trinkwasserschutzzone 2 könnten Varianten erarbeitet werden, wie ein öffentlicher Weg durch die Trinkwasserschutzzone geführt werden kann. Zur Finanzierung sei nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Der Antrag der LINKEN wurde mehrheitlich angenommen.

Mietsteigerungen bei der ProPotsdam begrenzen

„Das städtische Wohnungsunternehmen ProPotsdam muss eine größere Rolle bei der Drosselung der Mieten spielen“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Begründung des Antrages, der für die ProPotsdam festlegt, wie hoch Modernisierungsumlagen, Mietsteigerungen und Neuvermietungszuschläge sein dürfen.

Im Vorfeld hatten LINKE und SPD ähnlich lautende eigene Anträge zusammengeführt und einen gemeinsamen Antrag formuliert, der kontrovers diskutiert wurde. Man könne so nicht in den Wohnungsmarkt eingreifen, meinte Björn Teuteberg (FDP), Wolfhard Kirsch (BürgerBündnis) sprach vom Placebo-Effekt, der populistisch sei, aber nichts bringen würde. Hannes Püschel (Die Andere) wies darauf hin, dass die Spirale der Mietsteigerungen so nicht verhindert werde, der ProPotsdam sollten eher Neuvermietungszuschläge gänzlich untersagt werden.

Der Versuch der CDU, diese Regelungen nur auf Empfänger von Wohnberechtigungsscheinen zu beziehen, wurde insbesondere mit Stimmen der LINKEN und der Grünen abgelehnt.

„Der Antrag ist nicht die Lösung des Problems, aber er ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte Scharfenberg. Die ProPotsdam als städtisches Unternehmen nehme soziale Verantwortung in der Stadt wahr. Es solle darauf hin gewirkt werden, dass auch alle anderen Wohnungsunternehmen die Festlegungen übernehmen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Danach werden die umlagefähigen Kosten sämtlicher Modernisierungsmaßnahmen auf die Miete auf 9 % beschränkt; Mietsteigerungen werden abweichend von der Regelung (Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete) auf maximal 15 % in vier Jahren begrenzt; Mieterhöhungen bei Wiedervermietung dürfen höchstens 10 % über dem Mietspiegel liegen.

Die voraussichtlichen Kosten betragen in den kommenden zehn Jahren etwa 13 Millionen Euro. Abstriche am geplanten Wohnungsbau der ProPotsdam werden ausgeschlossen.

Abgelehnt

Kleingärten und Garagen

Es werde ohnehin nach dem Kleingartenentwicklungs- und dem Garagenstandortkonzept verfahren – dieser Aussage der Verwaltung schenkte die Mehrheit der Stadtverordneten Vertrauen und lehnte den Antrag der LINKEN ab, angesichts des Konfliktpotentials für den Wohnungsbau die Bedingungen bei der Verwaltung der der ProPotsdam übertragenen städtischen Grundstücke noch einmal deutlich zu formulieren. Die Aussage von Jakobs „kein einziger Verkauf findet statt ohne SVV-Beschluss“ wurde zu Protokoll genommen.

Zwei Geschäftsführer

In kleinen städtischen Gesellschaften sollte keine zweite vollbezahlte Geschäftsführerstelle eingerichtet werden, wie gerade bei der POLO, schlägt ein Antrag der LINKEN vor, den Dr. Scharfenberg damit begründete, dass sich die Forderung der Transparenzkommission des Vier-Augen-Prinzips auf große Unternehmen bezogen habe. Die POLO habe nur fünf Angestellte, das Vier-Augen-Prinzip sei bisher auch gewährleistet gewesen. Der Antrag wurde mit 17:18 Stimmen abgelehnt.

„Flugschiff“ am Parkhaus

Warum das Kunstwerk „Flugschiff“ vom abgerissenen Haus des Reisens noch nicht an den vom Beirat für Kunst im öffentlichen Raum bestimmten neuen Platz, das Parkhaus in der Schiffbauergasse, angebracht wurde, wollte Dr. Klaus-Uwe Gunold von der Verwaltung wissen. Die Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski konnte noch keinen konkreten Termin nennen. Das Kunstwerk müsse erst restauriert und die Anbringung technisch vorbereitet werden. Die Arbeiten seien mit rd. 20.000 Euro veranschlagt.

Gesamtschulplätze 7. Klasse

Wie in den vergangenen Jahren, reichten die Gesamtschulplätze in den 7. Klassen auch in diesem Jahr nicht aus, dies betraf nach Information des Staatlichen Schulamtes rund 120 Bewerber, stellte Stefan Wollenberg fest und fragte, wie in der Schulverwaltung verfahren wurde.

Dr. Magdowski gab die Auskunft vom zuständigen Staatlichen Schulamt wieder, dass beim Verwaltungsgericht 14 Eilanträge bearbeitet wurden, von denen einer erfolgreich war. Elf Plätze seien durch Kapazitätserweiterung (Aufstockung auf bis zu 30 Schüler pro Klasse) zusätzlich geschaffen worden. Auf die Nachfrage von Jana Schulze sagte Dr. Magdowski zu, dass die aktuellen Bedarfszahlen in der weiteren Gesamtplanung berücksichtigt werden.

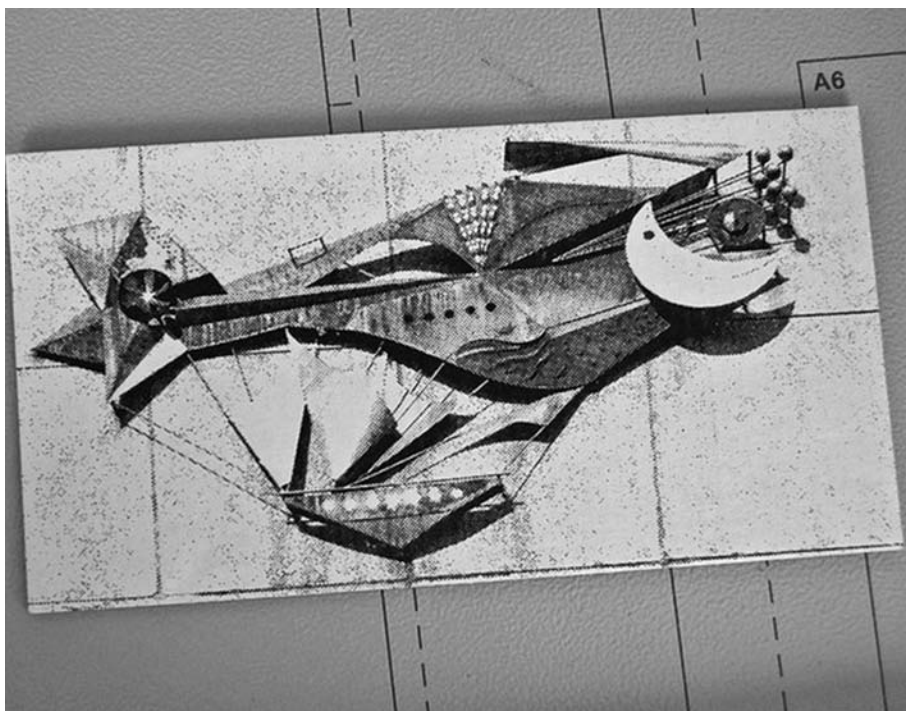
Grundschule Am Griebnitzsee

Auf die Frage von Stefan Wollenberg, wann nach der bereits abgeschlossenen Sanierung der Grundschule Am Griebnitzsee die noch ausstehenden Außenanlagen fertiggestellt werden, konnte Dr. Magdowski keine Antwort zum aktuellen Stand geben. Sie werde schriftlich informieren.

„Gerechte unter den Völkern“

Gemäß Zusage des Oberbürgermeisters sollte im Rahmen der interkulturellen Woche eine erste Gedenktafel „Gerechte unter den Völkern“ von der Stadt aufgestellt werden. Birgit Müller fragte, ob die Zusage eingehalten werde. („Gerechte unter den Völkern“ ist ein in Israel eingeführter Ehrentitel für nichtjüdische Einzelpersonen, die unter nationalsozialistischer Herrschaft während des Zweiten Weltkriegs ihr Leben einsetzten, um Juden vor der Ermordung zu retten.)

Dr. Magdowski teilte mit, dass die erste Gedenktafel bereits am 24. März dieses Jahres in der Burgstraße 32 angebracht worden ist. Dort wirkte Pfarrer Günther Brandt, der mehreren jüdischen Mitbürgern geholfen hatte zu überleben. Am 9. November soll am Platz der Einheit/Ecke Ebräerstraße eine Gedenktafel für Carola Müller angebracht werden. Sie war 1979 in Israel mit dem Ehrentitel geehrt worden, weil sie zahlreiche jüdische Nachbarn vor der Verfolgung gerettet hatte. Dies sei dann die erste von der Stadt finanzierte Ehrentafel.



Seefestspiele nach Potsdam?

Auf die Frage von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, ob es Überlegungen für einen neuen Start der Seefestspiele in Potsdam gebe, antwortete Dr. Magdowski, dass die Stadt allein wegen der Mitwirkung der Kammerakademie immer im Gespräch mit dem Veranstalter und Intendanten sei. Derzeitig stehe Potsdam allerdings nicht weiter in der Diskussion.

Uferweg am Lehnitzsee

Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Siemens-Villa in Neu Fahrland wurde von Bewohnern die Frage aufgeworfen, ob bei dieser Gelegenheit der Uferweg zwischen Heinrich-Heine-Klinik und Heinrich-Heine-Weg wieder frei zugänglich gemacht werden könnte. Welche Chance gebe es dafür, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Burkhard Exner teilte mit, dass er die Frage noch nicht abschließend beantworten könne. Die zu klärenden Eigentumsfragen reichten bis in die Zeit vor der Eingemeindung. Er werde im September informieren.

Einheitsdenkmal auf dem Brauhausberg?

Der Ehrenbürger Potsdams, Prof. Friedrich Mielke, will auf eigene Kosten in Potsdam ein Einheitsdenkmal errichten. Nachdem verschiedene Standorte, insbesondere der Bassinplatz, im Gespräch waren, habe Prof. Mielke nun den Brauhausberg als Standort benannt. Wie die Verwaltung zu dieser Möglichkeit steht, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen. Baubeigeordneter Matthias Klipp verwies auf den anstehenden städtebaulichen Wettbewerb für den Brauhausberg, den man entweder ab-

warten müsse oder das Denkmal in die Ausschreibung hineinformulieren könne.

Dr. Magdowski ergänzte, sie wisse, dass Prof. Mielke aus Altersgründen auf einen „überschaubaren Zeitraum“ Wert lege. Wenn der Brauhausberg zu lange dauert, müsse das Denkmal auf dem Bassinplatz aufgestellt werden.

Neubau Weisse Flotte

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Kunsthalle hatte der Oberbürgermeister der Weissen Flotte in Aussicht gestellt, einen dauerhaften Standort mit einem Neubau an den Ringkolonnaden zu finden. Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche?, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg wissen.

Matthias Klipp teilte mit, dass man im Gespräch sei über einen „dauerhaften Standort im südlichen Bereich des Hafens, unabhängig vom Mercure“. Jann Jakobs ergänzte, dass entsprechende Verträge erarbeitet werden, über die der Bauausschuss informiert wird. Der Vertragsabschluss sei im September zu erwarten, so dass der Bauantrag noch in diesem Jahr gestellt werden kann.

Verkehrssituation an der Marienschule

Welche Veränderungen der Verkehrsgestaltung, wie Parkverbote, Einbahnstraßenregelungen u.a. sind vorgesehen, wenn die Marienschule ihre vorgesehenen Schülerzahlen erreicht haben wird? Auf die Frage von Klaus-Uwe Gunold antwortete die Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger, es laufe derzeit das Prüf- und Anhörungsverfahren, das Ergebnis werde in der 38. Kalenderwoche (17. – 21. September) erwartet, sie werde den Ausschuss informieren.



Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
(Ferien: 01.10. – 14.10.2012)
10.; 17. und 24. September 2012;
15. Oktober 2012

47. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal
19. September 2012, 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Kino-Café Konsum (am Thalia Kino), Rudolf-Breitscheid-Straße 50 in Babelsberg
23. September 2012, 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2012

Stadthaus, Raum 3.107
28. September bis 02. Oktober 2012 (außer Sa./So.)
Sie erhalten den Rathausreport auch an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen.

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,

04. September, 17 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Anmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69;
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Vom Sanatorium zur „Waldresidenz“

Das besondere Interesse der Besucher des sonntäglichen Frühschoppens im Bürgerhaus Stern*Zeichen galt offenbar der Entwicklung des Areals an der Großbeerenstraße 301-309, bekannt unter „Lazarett“.

Anwohner und Besucher fragten sich zu Beginn des Jahres, aufgeschreckt durch Baumfällungen: Was passiert hier eigentlich?

Antwort auf diese Frage gab Herr Kirsch, der mit seiner Fa. Kirsch & Drechsler als Investor den Bereich entwickelt. Dafür hatte die Stadtverordnetenversammlung am 22. August 2012 durch Beschluss des Städtebaulichen Vertrages grünes Licht gegeben.

Kern der Planungen ist die Sanierung des 3000 Quadratmeter umfassenden Denkmals an der Großbeerenstraße. Durch denkmalgerechte Sanierung werden 35 Wohnungen entstehen, der Park wird in seinem Ursprung von 1906 wieder hergerichtet. Geplant sind der Beginn für Januar 2012, für Ende 2013 die Fertigstellung.

An der Großbeerenstraße werden 40 bis 50 Wohnungen neu gebaut, dreigeschossig mit Dachgeschoss. Baubeginn ist voraussichtlich 2014, wenn sich ein Investor findet.

Zwischen Jagdhausstraße und Ärztehaus, auf einer Fläche, die schon lange mit einem B-Plan belegt ist, sollen 26 rollstuhlgerechte Wohnungen und eine für eine Wohngruppe an Demenz Erkrankter errichtet werden. Für die Betreuung und Pflege soll ein Träger gewonnen werden.

Deutlich wurde, dass der Investor auch großes

Augenmerk auf die öffentliche Nutzung und Durchwegung des Entwicklungsbereiches legt. Die Wildeberstraße, jetzt eine Sandpiste, wird 2013 eine ordentliche Straße, zwischen Wildeber- und Großbeerenstraße wird es einen Weg durch einen Park geben.

Schaut man sich diese Entwicklungspotenziale an, bleibt es unverständlich, dass sich über so viele Jahre niemand gefunden hat, der dieses Gebiet aus dem Dornröschenschlaf erweckt.

Fragen der Besucher machten deutlich, dass es Bedenken vor allem hinsichtlich der Baumfällungen, der öffentlichen Nutzung, der Bebauungsart und der Lärmbelästigung gab. Diese Bedenken konnten weitestgehend ausgeräumt werden.

Herr Kirsch hat in Aussicht gestellt, im Sommer 2013 eine Baustellenbegehung anzubieten. Es ist sicher, dass dieses Angebot vor allem von An- und Bewohnern genutzt werden wird.



Überwiesen

WagenHausBurg

Die Zukunft der WagenHausBurg auf Hermannswerder wird erneut Thema im Hauptausschuss werden. Der Antrag der LINKEN, auch über den Erhalt der WagenBurg am jetzigen Standort zu verhandeln, wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Masterplan für Potsdams Norden

Ein Entwurf eines Masterplanes für die komplexe Entwicklung im Potsdamer Norden soll erarbeitet werden. Dabei sind die Bewohner der Ortsteile und Wohngebiete, die Ortsbeiräte und Bürgerinitiativen einzubeziehen. Der Antrag der LINKEN wurde in den Ausschuss für

Stadtentwicklung und Bauen sowie in die Ortsbeiräte überwiesen.

Schulwegsicherung Fontane-Grundschule

Geeignete Maßnahmen für eine sichere Querung der Straße Zum Teufelssee zwischen Hort und Grundschule verlangt ein Antrag der LINKEN. Möglichkeiten sollen nun im Ausschuss Stadtentwicklung und Bauen beraten werden.

Bürger- und Begegnungshäuser

Im Kulturausschuss soll nun der Antrag der LINKEN beraten werden, das Rahmenkonzept für Bürger- und Begegnungshäuser weiter zu entwickeln. Der Sozial-Ausschuss hatte die Überweisung wegen Nichtzuständigkeit abgelehnt.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 0331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam